

Am Anfang konnte man noch von einer gewissen „Ambivalenz“ sprechen, wenn es darum ging, die Einstellung und das Verhalten des Weltkirchenrats gegenüber dem jungen Staat Israel zu beschreiben; aber die „Zwiespältigkeit“ war bald vorüber. Wer genau hinhörte und beobachtete, merkte schnell, dass die „Doppeldeutigkeit“ sich in eine eindeutige Distanz und Abneigung veränderte. Doch auch da ging die Entwicklung weiter, die Abneigung wurde zur Ablehnung und Feindschaft, die ihre Zurückhaltung aufgab und keine Hemmungen hat, den Staat Israel anzugreifen.

(Zwischenbemerkung für Rundbriefleser, die sich in kirchlichen Dingen nicht so gut auskennen: Zum „Ökumenischen Rat der Kirchen“ (abgekürzt ÖRK oder „Weltkirchenrat“) sollen ca. 550 Millionen Christen gehören, vor allem die großen Blöcke der protestantischen, der anglikanischen und der orthodoxen Kirchen haben sich da unter der Dachorganisation des ÖRK zusammengeschlossen. Die römisch-katholische Weltkirche, die fast doppelt so groß ist, gehört nicht dazu. Der Sitz des Weltkirchenrats ist in der Schweiz, in Genf. Die Hauptaufgabe des ÖRK ist, die Zusammengehörigkeit der Gliedkirchen zu stärken und ihre Gemeinsamkeit zu fördern.)

Die Autoren, Prof. Dr. Wolfgang Stegemann und Prof. Dr. Ekkehard Stegemann, sind Brüder, beide sind Professoren für Neues Testament, der eine in Deutschland und der andere in der Schweiz. Wir sind ihnen sehr verbunden für die Abdruckerlaubnis des folgenden Artikels und grüßen sie herzlich in der Schweiz und in Neuendettelsau.

Am Wortlaut des Textes habe ich nichts geändert, nur die 50 Fußnoten und Quellenangaben habe ich weggelassen; die Lektüre dieses brisanten Beitrags nimmt dadurch keinen Schaden!

Hartmut Metzger

Von Ambivalenz zur Feindschaft

Anmerkungen zum Verhältnis des Ökumenischen Rats der Kirchen zum Staat Israel

Wolfgang Stegemann und Ekkehard W. Stegemann

1. Im Spannungsfeld des Nahostkonflikts von Anfang an parteiisch gegen Israel

Im August 1948 wurde der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK; engl. World Council of Churches: WCC) gegründet. In dieser außerordentlichen weltgeschichtlichen Situation – nach dem verheerenden 2. Weltkrieg und der Ermordung von 6 Millionen europäischer Jüdinnen und Juden – war natürlich auch der Antisemitismus ein zentrales Thema:

Wenn wir zusammenkommen, um offenen Auges und bußfertig die Unordnung der Menschenwelt zu betrachten..., dann wird uns unausweichlich die Frage nach dem christlichen Verhalten gegenüber den Juden zu einem großen Anliegen. ... Kein Volk in dieser Seiner Welt hat bitterer an der Unordnung der Menschheit gelitten als das jüdische..., auch können wir nicht vergessen, dass wir nur fünf (sic!) Jahre nach der Ausrottung von 6 Millionen Juden zusammenkommen. Gott hat uns mit den Juden in einer Solidarität besonderer Art verbunden.

Der Weltkirchenrat folgert aus dieser Beschreibung der historischen Lage eine dezidierte Absage an den Antisemitismus:

Wir rufen alle von uns vertretenen Kirchen dazu auf, den Antisemitismus, gleichviel welchen Ursprungs, als schlechterdings mit christlichem Bekenntnis und Leben unvereinbar zu verwerfen. Der Antisemitismus ist eine Sünde gegen Gott und Menschen.

Die Versammlung in Amsterdam hat sich mit diesen Sätzen eingeschrieben in die Geschichte der christlichen Kirchen und ihrer kritischen Selbstreflexion auf ihr Verhältnis zum Judentum einen großen Dienst erwiesen. Dafür können wir nur dankbar sein.

Zugleich hat der Weltkirchenrat sich damit auch selbst an die Absage an jeglichen („gleichviel welchen Ursprungs“) Antisemitismus gebunden. Damit müssen sich gerade auch die offiziellen Äußerungen und organisatorischen Aktivitäten dieses internationalen Kirchenbunds an der eigenen Grundsatzklärung messen lassen.

Eben dies wollen wir in diesem Beitrag tun. Allerdings kann diese Aufgabe angesichts der Fülle an Verlautbarungen und Aktivitäten von Gremien des ÖRK allein in Bezug auf den palästinensisch-israelischen Konflikt hier nur an wenigen, ausgewählten Beispielen geleistet werden.

Schon die **Gründungsversammlung des ÖRK** selbst schafft es nicht, dies hinsichtlich des Beitrags der Kirchen zum Antisemitismus ehrlich zu machen.

Wir müssen in aller Demut erkennen, dass wir es allzuoft unterlassen haben, unseren jüdischen Nächsten christliche Liebe zu beweisen oder auch nur den entschlossenen Willen zur gewöhnlichen sozialen Gerechtigkeit. Wir haben es unterlassen, mit ganzer Kraft gegen die uralte Unordnung in der Menschenwelt zu kämpfen, die sich im Antisemitismus darstellt. Die Kirchen haben in vergangenen Zeiten dazu geholfen, ein Bild des Juden als des alleinigen Feindes Christi entstehen zu lassen, das den Antisemitismus in der säkularen Welt gefördert hat.

Diese Verharmlosung des christlichen bzw. kirchlichen Anteils am Antisemitismus der „*vergangenen Zeiten*“, die verschleiernde Rede von der „*uralten Unordnung in der Menschenwelt*“, die sich im Antisemitismus ausdrückt, nicht zuletzt auch die Typisierung jüdischer Menschen im Begriff „*des*“ Juden deuten an, dass der neu gegründete internationale Kirchenbund zu diesem Zeitpunkt selbst noch ganz am Anfang einer Aufarbeitung des christlichen Antisemitismus steht. Nicht zu vergessen, dass in der Erklärung die Bekehrung der Juden zum Christentum nach wie vor aufrecht erhalten wird, wenngleich sie nicht mehr in einer speziellen Form der „*Judenmission*“ stattfinden soll.

Man wird leider auch sagen müssen, dass die „*Solidarität besonderer Art*“, in der sich die Vollversammlung der damaligen Kirchen des Weltkirchenrats mit den Juden verbunden fühlte, ziemlich leeres Gerede war. Jedenfalls galt diese Solidarität schon damals nicht für den jüdischen Staat.

Der **Staat Israel** war kurz vor Gründung des ÖRK seinerseits gegründet worden (14. Mai 1948). Noch in der Gründungsnacht erklärte eine überwältigende Übermacht arabischer Nachbarstaaten (Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon, Irak und Syrien) dem jungen Staat den **Krieg**. In dessen Verlauf (er dauerte 15 Monate) wurden sowohl Araber/Palästinenser aus den israelischen Gebieten vertrieben oder sind geflohen als auch Juden aus arabischen Gebieten (nicht nur in Palästina, sondern aus vielen arabischen Staaten).

Die Gründungsversammlung des ÖRK nimmt zur Errichtung des jüdischen Staates wie folgt Stellung:

Wir sehen, dass die Schaffung des Staates „Israel“ dem christlichen Ringen mit dem jüdischen Problem eine neue, politische Dimension verleiht und den Antisemitismus durch politische Befürchtungen und Feindseligkeiten zu komplizieren droht. Wir maßen uns nicht an, ein Urteil über die politischen Seiten des Palästinaproblems und den verwickelten Gegensatz hier berührter „*Rechte*“ abzugeben. Wir erwarten jedoch von den Nationen, dass sie dieses Problem nicht als eine Sache politischer, strategischer oder wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit behandeln, sondern als eine sittliche und geistige Frage, die das religiöse Leben der Welt im Innersten berührt.

Welche Stellung man auch zur Schaffung eines jüdischen Staates und zu dem hier in Frage stehenden „*Recht*“ und „*Unrecht*“ von Juden und Arabern, Judenchristen und arabischen Christen einnehmen mag – die Kirchen haben die strenge Pflicht, für eine Ordnung in Palästina zu beten und zu arbeiten, die so gerecht ist, wie das inmitten unserer menschlichen Unordnung nur sein kann; sie müssen nach Kräften unterschiedslos Hilfe für die Opfer dieses Krieges bereitstellen; sie müssen darum bemüht sein, die Nationen dahin zu beeinflussen, dass sie weit großzügiger als bisher eine Zuflucht für „*Displaced Persons*“ bereitstellen.

Dass Israel sich „*mitten im Unabhängigkeitskrieg*“ befindet, „*der junge Staat und mit ihm viele Menschen, die dem Holocaust entflohen waren oder ihn überlebt hatten, wiederum um ihr Leben kämpfen mussten*“, kommt in der Erklärung des ÖRK nicht vor. Die fast gelungene „*Endlösung*“ des „*jüdischen Problems*“ lag nur drei Jahre zurück und diejenigen, die das Glück hatten, diesen Versuch zu überleben, erfuhren gerade als „*Displaced Persons*“, dass sie nach

wie vor unerwünscht sind im christlichen Europa. Selbst ihre verständliche Absicht, Europa zu verlassen und etwa mit einem Schiff nach Palästina zu entkommen, wurde von einem europäischen Staat vereitelt.

Das wahre „*jüdische Problem*“ (das eigentlich ein *christliches Problem* mit „den Juden“ ist), war immer noch, dass ihnen auch nach dem Holocaust und nach ihrem ersehnten oder aus Verzweiflung angestrebten Exodus nach Palästina dort erneut der Exitus drohte.

Was die Frage von „*Recht und Unrecht*“ der „*Schaffung eines jüdischen Staates*“ betrifft, hätte der Weltrat der Kirchen sich durch einen Blick in die Resolution 181 (vom 29.11.1947) der UNO kundig machen können. Sie sieht die Teilung Palästinas in zwei Staaten vor, und zwar in einen jüdischen und einen arabischen („*a Jewish and an Arab*“). Dass die arabische Seite dieses Angebot der UNO nicht angenommen hat, ja dass sie den gerade gegründeten Staat Israel überfällt und auszulöschen versucht, kommt in der Stellungnahme des ÖRK nicht vor.

Kurz: Als es erstmals um die **Anerkennung des Existenzrechts des jüdischen Staates** ging, hat der Weltrat der Kirchen sich – wenn man seine entsprechenden Aussagen *ad bonam partem* interpretiert – zur Errichtung des Staates Israel **allenfalls ambivalent** verhalten.

Am deutlichsten hat der Zentralausschuss des ÖRK wenig später (1956) dieses ambivalente Verhältnis in einem dezidierten JEIN formuliert:

Unsere Unsicherheit über den Ausgang des jüdischen Nationalismus spiegelt unseren Misserfolg auf der ganzen Welt wider, die Frage des Nationalismus zu lösen. Wir können kein volles Ja zu den Kräften des Nationalismus sagen... Andererseits kann man nicht ein volles Nein sagen, da die Kirche nicht einen vagen Kosmopolitismus bejaht... Die Antwort liegt zwischen einem Ja und Nein, und der jüdische Nationalismus vereinigt in einem Brennpunkt in extremer Form ein Problem, welches alle Völker angeht.

Doch zurück zur **Gründungserklärung des ÖRK**. Die Absage an den *Antisemitismus jeglichen Ursprungs* scheint beim ÖRK selbst noch nicht angekommen zu sein. Denn der Versammlung fällt zur Gründung des Staates Israel eigentlich nichts anderes ein als die Befürchtung, dass dieses Ereignis den „*Antisemitismus durch politische Befürchtungen und Feindseligkeiten zu komplizieren droht*“.

Dies ist schlicht eine Wiederholung antisemitischer Vorurteile, die den Antisemitismus auf die Juden selbst zurückführt. Frank Crüsemann fragt zu Recht: *War eigentlich der Antisemitismus bisher unpolitisch?*

Die Gründungsversammlung des ÖRK hat auch mit keinem Wort die Aggression der Allianz arabischer Staaten gegen den Staat Israel verurteilt. Das ist keine Petitesse, sondern schon damals Ausdruck einer **einseitigen** Wahrnehmung und Behandlung des arabisch-israelischen (später dann: palästinensisch-israelischen) Konflikts, die bis in die Gegenwart anhält. Bis auf wenige Ausnahmen kritisieren und brandmarken die **Stellungnahmen des ÖRK** *nur* die israelische Seite, während die Wahrnehmung des Leids und die Anerkennung des Unrechts, das den Israelis von arabischer/palästinensischer Seite widerfährt, unerwähnt bleiben. Dieses Defizit lässt sich eigentlich nur mit dem biblischen Begriff der „*Herzenshärte*“ oder „**Verstockung**“ bezeichnen. Sie gilt jetzt dem jüdischen Staat.

Dies hat eine politische Ursache. Denn, wie Rolf Rendtorff feststellt, „*eine ausgeprägte Einseitigkeit*“ des Weltkirchenrats war vorprogrammiert, „*denn eine Reihe von christlichen Kirchen der Nahostregion waren mit ihren Repräsentanten in seinen Gremien vertreten, hingegen selbstredend keine Vertreter Israels oder des Judentums.*“

Wir halten fest: Von Anfang an hat der ÖRK ein **gespaltenes Verhältnis zum Judentum**. Man ist bereit, die religiöse und theologische Ausdrucksform des Antisemitismus, sprich: den christlichen Antijudaismus, zu verurteilen und aufzuarbeiten. Doch mit der Anerkennung des Staates Israel oder gar des Zionismus – als der nationalen jüdischen Befreiungsbewegung – tut man sich äußerst schwer.

Daran hat sich bis in die aktuelle Gegenwart nichts geändert – im Gegenteil, die anfängliche Ambivalenz in Bezug auf den jüdischen Staat hat sich zu einer anti-israelischen Politik gewandelt – bis hin zu **feindlichen Einstellungen** gegen den Staat Israel und den

Zionismus. Selbst Christinnen und Christen, die das Existenzrecht Israels bejahen und verteidigen und das Ziel des Zionismus – die Errichtung eines sicheren Heimatlandes für die Juden – befürworten, werden inzwischen in Erklärungen des ÖRK häretisiert.

2. Von theologischen Clowns und politischen Gestaltern im ÖRK

Es lassen sich zwei Ebenen des Diskurses über das Judentum bzw. das jüdische Volk/Israel im *World Council of Churches* unterscheiden. Da gibt es einerseits die theologische bzw. **religiöse Ebene**, andererseits die **politische**. Auf der religiös-theologischen Ebene geht es um die Aufarbeitung christlicher Vorurteile über das Judentum qua Religionsgemeinschaft, insbesondere auch um die christlichen Anteile am Antisemitismus. Auf der politischen Ebene geht es um den Staat Israel und insbesondere den palästinensisch-israelischen Konflikt. Beide Aspekte werden innerhalb des ÖRK von unterschiedlichen Gremien behandelt und vor allem: **ungleich gewichtet**.

Silke-Petra Bergjan, eine Insiderin im ÖRK, schreibt in einem Artikel für „*Kirche und Israel*“:

„Seit 1954 wird die Trennung zwischen den Kirchen, die von der theologischen Bedeutung des jüdischen Volkes und denen, die von Juden und Judentum in ausschließlich politischen Kategorien sprechen, zunehmend deutlicher.“ Sie führt dies einerseits auf die „*Solidarität mit den arabischen Christen*“ zurück, die dazu führte, „*dass die theologische Frage nach der Bedeutung des Judentums nicht mehr gestellt werden konnte.*“ Andererseits auf die Erweiterung des ÖRK durch Mitgliedskirchen aus der südlichen Hemisphäre, in denen der jüdisch-christliche Dialog der westeuropäischen Kirchen theologisch und kulturell nicht vermittelbar war, anders als die einseitige politische Kritik am Staat Israel.

Der **Stellenwert des religiösen Diskurses** innerhalb des ÖRK ist offenbar schon seit 1961 sehr gering. Dies bestätigt für die spätere Zeit der Erfahrungsbericht eines weiteren Insiders, Rev. **Hans Ucko**, der von 1989 bis 2008 Programmreferent für die jüdisch-christlichen Beziehungen im ÖRK war.

Er erzählt im Rückblick auf seine Arbeit ein **Schlüsselerlebnis**. Zu Beginn seines Dienstes in Genf traf er einen Mitarbeiter, dem er sich auf der Treppe als neuer Referent für den jüdisch-christlichen Dialog vorstellte. Dieser begrüßte ihn mit den Worten: „*Oh, dann sind Sie der Clown des Hauses.*“ Uckos Erfahrungsbericht zeigt dann, dass dieser Mitarbeiter nicht einfach nur unhöflich war, sondern ein für die Einstellung einer Mehrheit der Verantwortlichen im ÖRK repräsentatives Statement abgegeben hatte.

Man gewinnt den Eindruck: Der theologische Aspekt des christlich-jüdischen Verhältnisses wird in den Gremien und der Bürokratie des Weltkirchenrats nicht ernst genommen. Im Zentrum stehen vielmehr generell politische Verlautbarungen und Positionierungen, insbesondere Äußerungen und Aktivitäten in Bezug auf den Staat Israel.

Es lohnt sich, einen etwas längeren Abschnitt aus dem **Erfahrungsbericht von Ucko** zu zitieren:

Da gibt es die einen (gemeint ist: im ÖRK), die sagen, dass dieser Dialog (gemeint ist der christlich-jüdische Dialog) nicht seriös sei und dass diejenigen, die sich daran beteiligen, irregeführt werden. Dieser Dialog – so heißt es – dient in Wirklichkeit nicht so sehr der christlichen Kirche wie dem jüdischen Gesprächspartner. Christen, die sich daran beteiligen – so das Argument –, sehen nicht, dass sie benutzt werden, um Israel im israelisch-palästinensischen Konflikt zu stützen.

Der jüdische Befreiungstheologe **Marc Ellis** hat den jüdisch-christlichen Dialog „den ökumenischen Deal“ genannt. „*Der ökumenische Deal ist simpel, doch er hat tiefgreifende Auswirkungen: Die Juden fordern, dass die Christen im Westen für die Sünde des Anti-Judaismus Buße tun. Die wesentliche Ausdrucksform christlicher Buße ist die unkritische Unterstützung des Staates Israel und seiner Politik.*“

Die Juden vergeben den Christen ihre Geschichte des Antisemitismus unter der Bedingung, dass die gleichen Christen es unterlassen, Israel zu kritisieren. Das führt zu der Schlussfolgerung: Während der Rest der ökumenischen Bewegung weiß, was es im israelisch-palästinensischen Konflikt zu sagen gilt, werden die am jüdisch-christlichen Dialog beteiligten Christen als naive Gesprächspartner Israels

angesehen, als Fürsprecher eines Zionismus, der Jerusalem annektiert und fortfährt, jüdische Siedlungen auf palästinensischem Gebiet zu bauen. Sie sind Clowns.

Man traut seinen Augen nicht. Kann das sein, dass in der Bürokratie und in Gremien des WCC, dem ca. 550 Millionen Christinnen und Christen weltweit angehören, der christlich-jüdische Dialog als ein „Deal“ geschmäht wird, in dem die christliche Seite als naiver Geschäftspartner dargestellt wird, während die jüdische sie sozusagen übers Ohr haut und ihre Bußfertigkeit kalt instrumentalisiert? Kann es sein, dass der „Zionismus“ *dämonisiert* wird und seine christlichen „Fürsprecher“ gleich mit? Fällt niemandem im ÖRK auf, nicht einmal Herrn Ucko, bei allem Respekt für seinen ehrlichen Erfahrungsbericht, dass dies purer Antisemitismus ist, der an Verleumdungen von Holocaustleugnern erinnert?

Schon 1983 – im sog. **Vancouver-Bericht** – findet sich übrigens eine Formulierung, die zeigt, dass im ÖRK die **verleumderische Behauptung von Ellis**, wenngleich in einer etwas mildereren Form, längst **Konsens** war:

Um folgenden Prozess zu ... fördern, sollen die Kirchen Folgendes unternehmen: ... c) Christen in der westlichen Welt daran erinnern, dass ihre Schuld am Schicksal der Juden in ihren Ländern ihre Einstellung zum Nahost-Konflikt beeinflusst und häufig zu einer kritiklosen Unterstützung der Politik des Staates Israel und zur Blindheit gegenüber dem Los und den Rechten des palästinensischen Volkes geführt haben können.

Ucko hat – so legt sein Erfahrungsbericht nahe – verzweifelt versucht, seine theologische Programmarbeit bzw. Erfahrungen aus dem jüdisch-christlichen Dialog einzubringen in die offenkundig so viel „wichtigere“ politische Arbeit, zumal in die der *Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten und Beziehungen* (CCIA), die sich auch mit dem palästinensisch-israelischen Konflikt beschäftigt. Das ist ihm allerdings nicht gelungen.

Ucko schreibt:

Am jüdisch-christlichen Dialog beteiligte Christen würden sagen, dass man den Dialog nicht von den Bemühungen der CCIA im israelisch-palästinensischen Konflikt trennen kann. Wie betrachten wir als Christen den Staat Israel? Und wie hilft uns der jüdisch-christliche Dialog den ... Konflikt zu verstehen? Ist er Teil des Dialogs; oder nimmt hier der ÖRK eine politische Analyse vor, unabhängig vom Dialog ... ?

Sie würden es „sagen“, aber sie haben es nicht durchsetzen können. Selbst der Versuch, in das „*Programm zur Bekämpfung des Rassismus*“ (PCR) hineingenommen zu werden, ist gescheitert. Dieses Programm, so Ucko, konzentrierte sich nämlich auf Südafrika und das damalige Apartheidregime, auf Rassismus in den USA, Neuseeland, Australien oder auch auf die Situation der Dalits in Indien. Doch:

Der Antisemitismus gehörte – aus welchen Gründen auch immer – nicht dazu. ... Die Weltkonferenz über Rassismus in Durban 2001 machte die Schwierigkeit deutlich, als nämlich Teilnehmer, die sich Sorgen machten über die israelische Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens, nicht anerkennen konnten oder sehen wollten, dass Antisemitismus auch Rassismus ist.

Was verbirgt sich hinter dieser Formulierung? Ucko erinnert hier an die Weltkonferenz über Rassismus in **Durban 2001**, veranstaltet von der UNO. In einem Artikel auf Wikipedia ist zu den dortigen Beratungen zu lesen:

Einen erheblichen Streitpunkt stellte die Behandlung der Palästinenser durch Israel dar. In der Schlussklärung wurden die Palästinenser zwar als Opfer von Rassismus erwähnt, die Forderungen der NGO-Konferenz, dass die Ursache der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern eine institutionalisierte Form von Rassismus und Apartheid wäre, wurde von der Staatenkonferenz nicht berücksichtigt. Die NGO-Konferenz verlangt zudem die Wiederinkraftsetzung der UNO-Resolution 3379 von 1975, die den Zionismus als eine Form von Rassismus und Imperialismus bezeichnete.

Die erwähnte UNO-Resolution von 1975 hatte der damalige Generalsekretär des ÖRK Philipp Potter deutlich kritisiert. Dies änderte sich mit der Delegation des ÖRK bei der **NGO-Konferenz in Durban 2001**. ÖRK-Delegierte nahmen an einem *Ecumenical Caucus* teil. In

einem Bericht, der über die Homepage des ÖRK einzusehen ist, wird auch über die Antisemitismus-Diskussion im *Ecumenical Caucus* berichtet, auf die sich Ucko bezieht. Es gab im Entwurf für die Abschlusserklärung drei Paragraphen zum Thema Antisemitismus, von denen **der dritte** dann allerdings **nicht angenommen** wurde. Er lautet:

Wir sind besorgt über die Prävalenz des Antizionismus und Versuche, den Staat Israel zu delegitimieren durch wüste, unrichtige Anklagen wegen Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit, ethnische Säuberung und Apartheid; dies ist eine virulente, gegenwärtige Form des Antisemitismus. Sie führt zu Brandanschlägen auf Synagogen, bewaffneten Angriffen gegen Juden, Aufforderungen zum Mord und zur Ermordung von unschuldigen Juden wegen ihrer Unterstützung der Existenz des Staates Israel oder der Bestätigung des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volkes und der Versuche, durch den Staat Israel ihre kulturelle und religiöse Identität zu bewahren.

Bis auf einen Caucus [i.e. Ausschuss] haben alle anderen 43 (inklusive des *Ecumenical Caucus* und damit auch des ÖRK) diesen Abschnitt unter „Applaus“ abgelehnt. Zur Begründung der Ablehnung durch die Delegation des ÖRK führt der erwähnte Bericht u.a. an: die Vermischung des jüdischen Volkes mit dem Staat Israel bzw. dass der Abschnitt implizit jegliche Kritik am Staat Israel als Antisemitismus ansehe.

Doch es geht in dem abgelehnten Abschnitt, wenn man lesen kann, nicht um jedwede Kritik am Staat Israel, sondern um „wüste“ Vorwürfe – wie Völkermord oder Apartheid! Kritisiert wird die Delegitimierung des Staates Israel und des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volkes durch *dämonisierende* Anklagen.

Der „jüdische Befreiungstheologe“ **Marc Ellis**, von dem der an den traditionellen Antisemitismus anknüpfende Vergleich des jüdisch-christlichen Dialogs mit einem Kuhhandel stammt, war – so Ucko – „für einige Jahre in den 1990er Jahren die jüdische Quelle für die Arbeit im Mittelöstlichen Kirchenrat.“

Was heißt eigentlich „Quelle“? Ellis ist ein amerikanischer Professor, der für seine extrem anti-israelischen Äußerungen bekannt ist. Aus dieser „Quelle“ konnte man nur anti-israelischen Antisemitismus schöpfen. Hat der Weltkirchenrat oder irgendeines seiner Organe auch mit einem Israeli gesprochen?

Das wirft die viel **grundsätzlichere Frage** auf, **welche Verfahren zur Zusammensetzung der Organe des WCC** führen? Denn da sich dessen Gremien permanent zu politischen Problemen und Sachverhalten äußern, bedürften sie einer **demokratischen Autorisierung**. Hat sie eigentlich das Kirchenvolk gewählt?

Sowohl die **Vollversammlung** als auch die verschiedenen exekutiven Organe des *World Council of Churches* werden **nicht (!)** von den Mitgliedern der gegenwärtig 349 Kirchen bzw. Denominationen **gewählt**, die diesem internationalen Kirchenbund angehören. Ursprung aller Ermächtigung ist vielmehr das **Delegationsprinzip**. Die ca. 550 Millionen Christinnen und Christen, die einer der Mitgliedskirchen angehören und in deren Namen die Organe des ÖRK sich öffentlich äußern, haben keinerlei Einfluss auf die Zusammensetzung der Organe des Weltkirchenrats. In die **Vollversammlung** als oberstes „legislatives“ Organ wird man delegiert von einem seinerseits nicht direkt gewählten Gremium der jeweiligen Mitgliedskirche. Diese Versammlung wählt wiederum aus ihrer Mitte die Mitglieder des **Zentralausschusses**, der das höchste Leitungsgremium des ÖRK zwischen den alle 8 Jahre stattfindenden Vollversammlungen ist.

Die Vollversammlung wählt auch das **Präsidium**, dessen Mitglieder zugleich dem Zentralausschuss angehören. Um das System der **gegenseitigen Beauftragung** voll zu machen: Der Zentralausschuss wiederum wählt den **Exekutivausschuss** (einschließlich der leitenden Amtsträger/innen).

Gemessen an den Standards westlicher Demokratien ist die **Besetzung der Entscheidungsgremien** des Weltkirchenrats nur **vordemokratisch** zu nennen. Schon von daher läge eigentlich nahe, dass die Organe des Weltkirchenrats nicht mit einem demokratisch legitimierten *politischen* Mandat ausgestattet sein können. Dieses **politische Mandat** gibt im

Übrigen auch die Zweckbestimmung bzw. das Leitbild des Weltrats der Kirchen nicht her. Er ist nämlich „eine Gemeinschaft von Kirchen auf dem Weg zur sichtbaren Einheit in dem einen Glauben und der einen eucharistischen Gemeinschaft, die ihren Ausdruck im Gottesdienst und im gemeinsamen Leben in Christus findet“.

Doch das Fehlen eines im engeren Sinne politischen Mandats und ihrer demokratischen Legitimierung hat die einzelnen Organe des ÖRK bisher nicht gehindert, zu allen möglichen politischen Konflikten und Problemen Stellung zu nehmen, insbesondere und obsessiv zum palästinensisch-israelischen Konflikt. Die politischen Verlautbarungen berufen sich dafür auf einen höheren, moralischen/christlichen Auftrag (z.B. ihr Eintreten für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung oder beschließen eine Dekade gegen Gewalt, in deren Zusammenhang sie dann Israel kritisieren).

Insbesondere die verschiedenen Verlautbarungen (und Aktivitäten) zum palästinensisch-israelischen Konflikt sind ein gutes Beispiel dafür, dass keines der Organe des Weltkirchenrats im konkreten Fall zu einer fairen oder neutralen Einschätzung des besprochenen politischen Konflikts fähig ist. Tatsächlich mischen sich immer wieder **politische Akteure von außen** in die Entscheidungsfindung ein, oder die Vertreter(innen) einzelner Kirchen, deren Staaten durch eine zur Entscheidung anstehende Verlautbarung betroffen sind, nehmen entscheidenden Einfluss auf deren Wortlaut oder verhindern deren Verabschiedung.

Wir nennen zwei Beispiele:

Die (2.) Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Evanston (1954) hatte die Absicht, als Teil ihrer Erklärung zu „Christus unsere Hoffnung“ auch eine Aussage zur „**Hoffnung Israels**“ abzugeben. Diese Aussage wurde allerdings **nicht** in die Abschlusserklärung **aufgenommen**, weil die Delegierten arabischer Kirchen diese als politische (d.h. in diesem Zusammenhang immer: als politisch *positive*) Äußerung zum Staat Israel verstanden und abgelehnt haben. Der **Verwerfung des Textes** ging die Intervention eines christlichen Staatsmanns aus dem Libanon (Charles Malik) voraus, dessen Telegramm an die Versammlung die Delegierten drängte, nichts zu sagen oder zu tun, was die christlichen Araber verletzen könnte.

Rolf Rendtorff kommentiert das mit Recht so: „An diesem Zwischenfall in Evanston zeigt sich sehr deutlich zweierlei. Zum einen, dass die Mehrheit der Delegierten der Vollversammlung eine israelkritische, wenn nicht gar israelfeindliche Position einnahm; zum anderen, dass diese Mehrheit keineswegs das Gesamtspektrum der Meinungen innerhalb des Weltrats der Kirchen repräsentierte“.

Das zweite Beispiel: Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche verhinderten in den 1980er Jahren die Verurteilung der Sowjetunion wegen ihrer Invasion in Afghanistan.

Es liegt nahe, dass in den Verlautbarungen und Aktionen des ÖRK im Zusammenhang des palästinensisch-israelischen-Konflikts die arabischen bzw. **palästinensischen Kirchen** massiv ihre Sicht einbringen, wie sich zuletzt auch in der sog. **Beiruter Erklärung vom Mai 2013** gezeigt hat (wir kommen darauf zurück). Während selbst in vielen Gremien der UNO Israel immerhin die Möglichkeit hat, *seine* Perspektive des Konfliktes darzustellen, hat der jüdische Staat, obwohl er immer wieder vom ÖRK auf die Anklagebank gesetzt wird, im Weltkirchenrat keine Möglichkeit, sich zu verteidigen. *Non audiatur et altera pars*. Mehr noch: **Die Ankläger Israels können im Weltkirchenrat zugleich die Rolle der Richter über Israel übernehmen.**

Das ist an sich schon ein unhaltbarer Zustand. Schlimmer noch ist, dass diese **Verfahrens-Ungerechtigkeit** zugleich als ein besonders glücklicher Umstand verkauft wird, da man in den Vertretern der arabischen/palästinensischen Kirchen den aktuellen Ereignissen unmittelbar nahe „Zeugen“ habe. Wie glaubwürdig sind politische Stellungnahmen des Weltkirchenrats, wenn *eine* Partei des in ihnen zur Sprache gebrachten Konflikts diese Stellungnahmen entscheidend beeinflussen kann?

Grundsätzlicher noch: Ist eigentlich der ÖRK als Repräsentant der weltweiten Christenheit – jedenfalls des nicht-römisch-katholischen Teils von ihr – aufgrund von deren Jahrhunderte langen anti-jüdischen Geschichte in einer kommoden moralischen Position, wenn es darum geht, den jüdischen Staat an moralischen Maßstäben zu messen, die sie selbst gegenüber den Juden Jahrhunderte lang nicht eingehalten hat?

Unsere Antwort lautet: offenbar sieht man es so. Doch genau darum bedürfte es uneingeschränkt einer Analyse, die die historischen und aktuellen Sachverhalte so objektiv wie möglich, den Zusammenhang von Aktion und Reaktion differenzierend und fair gegenüber beiden Parteien abwägt.

Das Gegenteil ist nach unserer Durchsicht vieler Verlautbarungen von Organen des ÖRK der Fall. Mit einer unangebrachten, aber gleichwohl aus der Geschichte des Antisemitismus **wohlbekanntem moralischen Arroganz** und der Nichtbeachtung der wirklichen Verhältnisse und Ereignisse wird immer wieder der **Staat Israel auf die Anklagebank** gesetzt.

Mehr noch, im Falle des Israel-Palästina-Konflikts belässt es der **ÖRK** nicht bei Verlautbarungen, er greift **selbst aktiv** ein.

*PS. Hier endet nicht der Artikel, sondern nur seine erste Hälfte. Weil der ganze Artikel für unseren Rundbrief zu lang geworden wäre, hören wir hier auf. Gleichzeitig verweise ich aber auf den **nächsten Rundbrief**, in dem wir die **zweite Hälfte** bringen und der dann von den gegenwärtigen politischen Einmischungen und Angriffen gegen den jüdischen Staat berichtet.*

Hartmut Metzger

Die Überschriften über die **Kapitel der zweiten Hälfte** dieses Beitrags lauten:

- 3. Israelfeindliche Verlautbarungen**
- 4. Reaktionen von jüdischer Seite**
- 5. Die Erklärung von Beirut 2013 – bisheriger Höhepunkt der feindlichen Politik des ÖRK gegenüber Israel**